



KOLUMNE Unsaubere Klimapolitik

Das vom Parlament verabschiedete CO₂-Gesetz setzt auf Abgaben und Zwang statt auf marktwirtschaftliche Anreize. Die Zeche bezahlen die Konsumenten.

Autsch, das wird teuer. In der Herbstsession hat das Parlament das neue CO₂-Gesetz verabschiedet. Der Grundtenor: mehr Vorschriften, mehr Zwang, mehr Abgaben. Besonders belastet wird die Mobilität. Die Abgaben auf

Dr. Philipp Gut



Benzin und Diesel werden in den nächsten fünf Jahren um bis zu zwölf Rappen pro Liter steigen. Bereits heute betragen die staatlichen Steuern über 80 Rappen, rund zwei Drittel des aktuellen Endpreises an der Zapfsäule gehen also an den Staat.

Zusätzlich wird das Fliegen künstlich verteuert, mit einer Flugticketabgabe von bis zu 120 Franken. Und auch das Heizen mit Öl wird markant mehr kosten: Die CO₂-Abgabe wird von 96 Franken pro Tonne auf 210 Franken mehr als verdoppelt.

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) geht davon aus, dass die jährlichen Mehrkosten

pro Person bis zu 2000 Franken betragen. Generell gilt für diese Form der Abgabenpolitik: Die Reichen können sich das leisten, Otto Normalverbraucher ist davon speziell betroffen.

Es sind allerdings nicht nur die hohen Kosten, die negativ zu Buche schlagen. Das Gesetz sieht vor, Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) in einen neuen Klimafonds umzuleiten. Das kommt einer nachträglichen Verfälschung der NAF-Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 gleich. Man kann den Bürgerinnen und Bürgern doch nicht eine Vorlage an der Urne präsentieren und ihnen hinterher die lange Nase zeigen! Eine solch dreiste Zweckentfremdung ist vor allem eines: unsauber.

Die Folgen dieser verfehlten Politik werden nicht zuletzt die Autofahrerinnen und Autofahrer zu spüren bekommen. Denn die für den Klimafonds entwendeten Gelder fehlen dann natürlich für den Ausbau der notorisch überlasteten Strasseninfrastruktur. Kommt hinzu, dass das CO₂-Gesetz so kompliziert abgefasst ist, dass es selbst Experten kaum verstehen. Eine solch teure und komplizierte Vorlage ist nicht das, was die Schweiz braucht.

Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass eine breite Allianz des Gewerbes das Referendum ergreifen will, darunter Auto-Schweiz, der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (Astag), der Automobil Gewerbe Verband Schweiz (AGVS) und der Verband freier Autohandel Schweiz (VFAS). Dabei wird es wichtig sein, dass die Branche deutlich macht, wie viel sie dank der ständigen technischen Innovation für tiefere CO₂-Werte und andere ökologische Verbesserungen getan hat und weiterhin tut. Freiwillig und ohne Abstrafung der Konsumenten. Dr. Philipp Gut ist Historiker, Bestsellerautor («Jahrhunderte Ben Ferencz») und einer der profiliertesten Journalisten der Schweiz. Mit seiner Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH berät er Unternehmen, Organisationen und Persönlichkeiten.